



Parlament
Österreich

Parlamentsdirektion

Do members of parliament listen to experts or ordinary citizens?

The role of expert knowledge and public opinion in the decision-making of MPs

„Forschungsjahr im Parlament“ (2024/25) –
Abschlussbericht

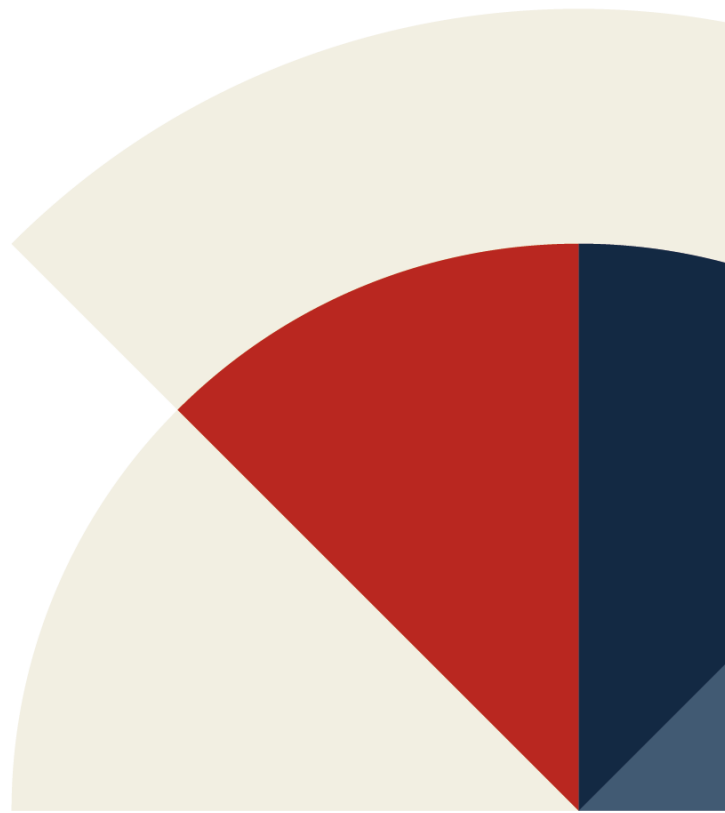
Autor: Josef Lolacher

30.11.2025

parlamentsforschung@parlament.gv.at

+43 1 401 10-2668

3 – Rechts-, Legislativ- &
Wissenschaftlicher Dienst (RLW)





1. Allgemeine Informationen

Projektlaufzeit:	01.10.2024 – 30.09.2025
Zusammenfassung (Max. 1000 Zeichen):	<p>Das Forschungsprojekt untersucht auf Basis einer umfassenden Abgeordnetenbefragung, qualitativer Interviews und einer parallelen Bevölkerungsumfrage, wie österreichische Parlamentarierinnen und Parlamentarier öffentliche Meinung und wissenschaftliche Expertise in ihre Entscheidungen einbeziehen. Die Datenerhebung im Nationalrat und in allen Landtagen ermöglicht erstmals einen detaillierten Einblick in das Verhalten von Abgeordneten, wenn Mehrheitsmeinungen und evidenzbasierte Empfehlungen voneinander abweichen. Die Ergebnisse zeigen: Abgeordnete vertrauen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mehr als die Bevölkerung und reagieren im Experiment stärker auf Expertenwissen als auf Informationen zur öffentlichen Meinung. Gleichzeitig lehnen sie technokratische Entscheidungsmodelle klar ab und betonen die Bedeutung demokratischer Verantwortung. Die Studie liefert damit neue Erkenntnisse über das Repräsentationsverständnis von Politike-</p>



	rinnen und Politikern und das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik.
Genutzte Wissensressourcen der Parlamentsdirektion	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion; OpenData (insb. Datensatz zur Zusammensetzung des Parlaments); Fachdossiers
Stichworte (Max. 5):	Evidenzbasierte Politikgestaltung; Öffentliche Meinung; Politische Entscheidungsfindung; Vertrauen in Wissenschaft; Abgeordnetenbefragung

2. Projektverlauf

Vorarbeiten

Bereits vor dem offiziellen Projektbeginn am 1. Oktober 2024 wurde eine umfassende Literaturrecherche durchgeführt, um den einschlägigen theoretischen und empirischen Forschungsstand systematisch aufzuarbeiten. Dabei wurde deutlich, dass sich zwei für das Vorhaben zentrale Forschungsfelder – zum einen die politikwissenschaftliche Repräsentationsforschung, zum anderen die Public-Policy-Literatur zur Nutzung wissenschaftlicher Expertise in der Politikgestaltung – trotz inhaltlicher Schnittmengen weitgehend unabhängig voneinander entwickelt haben. Während erstere seit mehreren Jahrzehnten untersucht, in welchem Umfang politische Entscheidungen mit Bevölkerungspräferenzen übereinstimmen (policy congruence) und wie politische Akteure auf Veränderungen der öffentlichen Meinung reagieren (policy responsiveness) (e.g., Arnold et al., 2012; Page & Shapiro, 1983; Rasmussen et al., 2019; Soroka & Wlezien, 2010; Stimson et al., 1995), konzentriert sich letztere auf Formen, Mechanismen und Bedingungen der Wissensnutzung im politischen Prozess (e.g., Cairney,



2016; Head, 2010; Sabatier, 1987; Weible, 2008).

Auf Grundlage dieser Literaturrecherche wurde eine Forschungslücke identifiziert, die sowohl empirisch als auch demokratietheoretisch bedeutsam ist: Bislang ist nur unzureichend untersucht, wie Abgeordnete entscheiden, wenn öffentliche Mehrheitsmeinungen und wissenschaftliche Expertise voneinander abweichen, welches Gewicht sie den jeweiligen Informationsquellen (öffentlicher Meinung und Expertenwissen) beimessen und welche individuellen oder institutionellen Faktoren diese Priorisierung beeinflussen. Diese Vorarbeiten bildeten sodann die Ausgangsbasis für die Entwicklung eines Untersuchungsdesigns, das dieses Spannungsverhältnis systematisch erfasst.

Entwicklung des Forschungsdesigns

Der Untersuchungsansatz sollte unmittelbare Einblicke in die Entscheidungslogiken von Parlamentarierinnen und Parlamentariern ermöglichen. Konkret war das Ziel, besser zu verstehen, in welchem Ausmaß Abgeordnete Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern vertrauen, wissenschaftliche Evidenz in ihre Entscheidungen einbeziehen und wie sie mit potenziellen Konflikten zwischen Mehrheitsmeinungen und wissenschaftlicher Expertise umgehen. Empirische Arbeiten der letzten Jahre haben gezeigt, dass direkte Elitenbefragungen und eingebettete Survey-Experimente besonders geeignete Instrumente sein können, um das Entscheidungsverhalten politischer Akteure unter kontrollierten Bedingungen zu analysieren (e.g., Rasmussen & Otjes, 2025; Sevenans, 2021; Sheffer et al., 2018, 2023). Da reine Selbstauskünfte häufig durch soziale Erwünschtheit verzerrt sind, wurde früh entschieden, eine anonyme Abgeordnetenbefragung mit experimentellen Elementen zu kombinieren.

Der Fragebogen für die Abgeordnetenbefragung wurde so konzipiert, dass er drei zentrale Komponenten integriert: Erstens erfasst er systematisch das Vertrauen von Abgeordneten in unterschiedliche Gruppen von Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern – etwa Ökonominen und Ökonomen, Gesundheitsexpertinnen und Gesundheitsexperten oder universitäre Forscherinnen und Forscher. Zweitens enthält das Befragungsinstrument standardisierte Einstellungsfragen (sog. Fragebatterien) zu



technokratischen Entscheidungsprozessen sowie dem Zusammenspiel zwischen wissenschaftlicher Evidenz, Alltagswissen und demokratischer Politikgestaltung. Drittens wurde ein Survey-Experiment implementiert, in dem die Teilnehmenden in konkreten Sachfragen zufällig unterschiedlichen Informationsbedingungen zugeteilt wurden.¹

Für das Experiment wurden sechs Politikvorschläge ausgewählt. In drei Fällen deckten sich Bevölkerungsmehrheit und Expertenempfehlungen (Grunderwerbssteuer, sichere Drogenkonsumräume, Investitionen in frühkindliche Bildung); in drei weiteren divergierten sie (Mietpreisdeckel, CO₂-Steuer, Gentechnikverbot). Im ersten Teil des Fragebogens wurde die grundsätzliche Zustimmung der Abgeordneten zu allen sechs Vorschlägen erhoben. Nach mehreren neutralen Zwischenfragen („Füllerfragen“) wurden die Teilnehmenden für jedes Thema zufällig einer von vier experimentellen Bedingungen zugeteilt (öffentliche Meinung, Expertise, beide) und erhielten entsprechend weiterführende Informationen; die Kontrollgruppe erhielt keine Zusatzinformationen. Anschließend wurden sowohl die Unterstützung für den jeweiligen Vorschlag als auch das intendierte Abstimmungsverhalten erhoben. Jeder Abgeordnete bzw. jeder Abgeordnete bearbeitete zufällig vier der sechs Themen.

Bei der Erstellung des Befragungsinstruments wurde großer Wert daraufgelegt, dass der Fragebogen etablierten wissenschaftlichen Standards folgt und zugleich dem besonderen Sample Rechnung trägt. Es wurde stets versucht, die Befragung möglichst kurz, zugänglich und realitätsnah zu gestalten, um die Teilnahmebereitschaft unter Abgeordneten zu maximieren.

¹ Survey-Experimente haben sich in der empirischen Politikwissenschaft als besonders geeignet erwiesen, da sie – anders als reine Beobachtungs- oder Selbstauskunftsdaten – kausale Schlussfolgerungen erlauben. Durch die zufällige Zuweisung der Befragten zu experimentellen Bedingungen unterscheiden sich die Gruppen idealerweise einzig in Bezug auf das „Treatment“, also die bereitgestellte Information. Dies ermöglicht die Schätzung des durchschnittlichen Effekts entsprechender Informationen (z. B. öffentlicher Meinung oder Expertenempfehlungen) auf eine abhängige Variable wie die Unterstützung eines Politikvorschlags.



Vorbereitung und Durchführung der Abgeordnetenbefragung

Parallel zur Fragebogenentwicklung wurden im Vorfeld qualitative Forschungsinterviews mit führenden Abgeordneten mehrerer Parlamentsklubs sowie Vertreterinnen und Vertretern des Nationalratspräsidiums geführt. Diese Gespräche dienten sowohl der inhaltlichen Feinjustierung des Fragebogens als auch der Verständigung über die Ziele des Projekts. Die Interviews boten zugleich erste Einsichten in Entscheidungslogiken und Repräsentationsverständnisse, die später der Kontextualisierung der quantitativen Ergebnisse dienten.

Da ein zentrales Anliegen des Forschungsprojekts darin bestand, direkte Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Einstellungen und dem Entscheidungsverhalten von Bürgerinnen bzw. Bürgern und Abgeordneten zu schaffen, wurde kurz vor Beginn der Abgeordnetenbefragung eine repräsentative Bevölkerungsumfrage unter 3.000 wahlberechtigten Österreicherinnen und Österreichern in Zusammenarbeit mit dem Marktforschungsinstitut Bilendi & Respondi durchgeführt. Die Erhebung sollte einerseits ein aktuelles Stimmungsbild zu politisch relevanten Fragen – etwa Mietpreisbindung, CO₂-Steuer oder Grunderwerbssteuer – liefern (die daraus resultierenden Mehrheitspositionen wurden gezielt zur Konstruktion der experimentellen Treatments (bereitgestellte Information) im Abgeordnetensurvey genutzt). Andererseits fungierten die Bevölkerungsdaten als empirischer Referenzpunkt für die Interpretation der Ergebnisse der Abgeordnetenbefragung. Sie ermöglichen unter anderem Vergleiche hinsichtlich des Vertrauens in Wissenschaft oder der Bereitschaft zur Delegation politischer Entscheidungen an Expertinnen und Experten. Darüber hinaus erlauben sie eine fundierte Einordnung etwaiger Einstellungs- und Verhaltensänderungen im Survey-Experiment, da deren Ausmaß nur vor dem Hintergrund eines gewissen Vergleichsmaßstabs angemessen bewertet werden kann.

Die Abgeordnetenbefragung im österreichischen Nationalrat wurde schließlich vom 24. März bis 18. April 2025 durchgeführt. Die Umsetzung erfolgte in enger Abstimmung mit der Abteilung 3.2 - Parlamentswissenschaftliche Grundsatzarbeit der Parlamentsdirektion, die sowohl organisatorische Abläufe als auch die Kommunikation mit



den Parlamentsklubs unterstützte. Alle 183 Nationalratsabgeordneten wurden persönlich – postalisch und per E-Mail – zur Teilnahme eingeladen. Die Studie wurde darüber hinaus durch eine positive Erwähnung in der Präsidialkonferenz des Nationalrates vom 19. März 2025 und die Bereitstellung eines Informationsstands während einer Plenarwoche sichtbar gemacht.

Nicht zuletzt aufgrund dieser tatkräftigen Unterstützung konnte eine erfreuliche Rücklaufquote (streng genommen: Abschlussrate) von 28% (n = 51) erzielt werden. Dieser Wert liegt auf einem Niveau mit anderen jüngeren Befragungen von Abgeordneten in Westeuropa (Bailer, 2014; Maes et al., 2025). Obwohl die Rücklaufquote damit als sehr zufriedenstellend einzustufen ist, erlaubte die absolute Fallzahl noch keine umfassenden statistischen Analysen des eingebetteten Survey-Experiments. Aus diesem Grund wurde entschieden, die Erhebung auf die österreichischen Landesparlamente auszuweiten.

Die Befragung in den Landtagen wurde zwischen dem 16. Juni und 17. Juli 2025 durchgeführt; im Wiener Landtag erfolgte die Feldphase aufgrund des Wahlzyklus erst zwischen dem 20. Oktober und 20. November 2025. Mit einer Rücklaufquote von rund 31% zeigte sich auch auf Landesebene eine für Elitenforschung sehr gute Teilnahmebereitschaft. Im Ergebnis stellt die Untersuchung die aktuell umfassendste Abgeordnetenstudie in Österreich dar. Die Kombination aus nationaler und subnationaler Ebene, dem experimentellen Design sowie der begleitenden Bevölkerungsbefragung liefert ein empirisches Fundament, das viele wertvolle Erkenntnisse sowohl für die (politik-)wissenschaftliche Forschung als auch die politische Debatte in Österreich verspricht.

Ergänzende qualitative Interviews mit ausgewählten Abgeordneten

Ergänzend zur quantitativen Abgeordnetenbefragung wurden qualitative Interviews mit ausgewählten Abgeordneten aller Fraktionen durchgeführt. Die Auswahl der Gesprächspartnerinnen und -partner erfolgte gezielt nach ihrer politischen Funktion und



fachlichen Zuständigkeit, um unterschiedliche Perspektiven – etwa aus Klubführungen, Bereichssprecherinnen bzw. Bereichssprechern oder Mitgliedern relevanter Ausschüsse – einzubeziehen. Ziel war es, vertiefte Einblicke in den Umgang mit wissenschaftlicher Expertise und öffentlicher Meinung in realen politischen Entscheidungsprozessen zu gewinnen.

Die Interviews wurden in einem vertraulichen Rahmen geführt und dauerten in der Regel zwischen 30 und 60 Minuten. Insgesamt entstanden rund zehn Stunden Gesprächsmaterial, das vollständig transkribiert und anhand eines systematischen qualitativen Auswertungsverfahrens analysiert wurde. Die Analyse konzentrierte sich insbesondere auf (1) individuelle Repräsentationsverständnisse, (2) strategische Überlegungen zum Umgang mit Meinungsumfragen und wissenschaftlicher Evidenz und (3) die Rolle von Expertinnen und Experten in Demokratien.

Präsentation vorläufiger Ergebnisse und vergleichende Perspektive

Nach Abschluss der Datenerhebung im Sommer 2025 begann eine umfassende Auswertungsphase. Erste vorläufige Befunde wurden im Rahmen des internen Seminars „Time(s) and Parliaments“ in kleinem Kreis im Parlament präsentiert. In den folgenden Monaten wurden sowohl die Daten der Abgeordnetenbefragung als auch jene der parallelen Bevölkerungsumfrage einer vertieften statistischen Analyse unterzogen und theoriegeleitete Hypothesen systematisch geprüft.

Da das Forschungsprojekt als länderübergreifende Studie konzipiert ist und mittelfristig komparative Schlussfolgerungen über unterschiedliche parlamentarische Systeme und politische Kulturen ermöglichen soll, wurden im zweiten Halbjahr 2025 die notwendigen Vorbereitungen für entsprechende Abgeordnetenbefragungen in Deutschland und im Vereinigten Königreich getroffen. Dazu gehörten die Planung und Durchführung weiterer Bevölkerungsumfragen in beiden Ländern sowie die organisatorische Vorbereitung der Abgeordnetenbefragungen auf nationaler und subnationaler Ebene.



Abschließend ist die konstruktive Zusammenarbeit mit der Abteilung 3.2 - Parlawissenschaftliche Grundsatzarbeit hervorzuheben, die sowohl die organisatorische Umsetzung der Feldarbeit als auch die Ansprache potenzieller Interviewpartnerinnen und -partner maßgeblich unterstützte. Ebenso gilt allen interviewten Abgeordneten besonderer Dank für ihre Bereitschaft, Einblicke in ihr Repräsentationsverständnis und ihre Entscheidungslogiken zu teilen und damit wesentlich zum Erkenntnisgewinn des Projekts beizutragen.

3. Herausforderungen des Projekts

Der überwiegende Teil des Forschungsprojekts konnte erfolgreich und planmäßig umgesetzt werden. Die Entwicklung des Forschungsdesigns, die Durchführung der Abgeordnetenbefragungen auf nationaler und subnationaler Ebene sowie die parallele Bevölkerungsumfrage verliefen weitgehend wie vorgesehen und bildeten eine robuste Grundlage für die empirischen Analysen. Zugleich traten im Projektverlauf mehrere methodische und organisatorische Herausforderungen auf, die einzelne Anpassungen notwendig machten und die empirische Umsetzung an einigen Stellen beeinflussten.

Eine zentrale methodische Herausforderung bestand in der Abwägung zwischen interner und externer Validität. Dieses klassische Spannungsfeld (experimenteller) Forschung ist im Kontext von Elitenbefragungen besonders relevant. Da Abgeordnete bei politisch sensiblen und normativ aufgeladenen Themen zu sozial erwünschten Antworten neigen können, war es erforderlich, Verzerrungen durch soziale Erwünschtheit oder Akquieszenz möglichst gering zu halten. Aus diesem Grund wurde ein experimentelles Design integriert, das Reaktionen auf unterschiedliche Informationsreize unabhängig von reinen Selbstauskünften messbar macht. Dieser Ansatz erhöht die interne Validität deutlich, geht jedoch zwangsläufig mit einer gewissen Abstraktion realer Entscheidungsprozesse einher: Komplexe politische Situationen müssen in komprimierte Vignetten übersetzt werden. Um die externe Validität zu wahren, wurde daher großer Wert daraufgelegt, die Treatments so realitätsnah wie möglich zu gestalten und realweltliche politische Themen, anstatt hypothetischer Szenarien zu verwenden.



Eine weitere methodische Herausforderung betraf die Stichprobengröße im Nationalrat. Obwohl die Rücklaufquote im Vergleich zu anderen Abgeordnetenbefragungen sehr zufriedenstellend ausfiel, begrenzte die absolute Zahl der Teilnehmenden die statistische Power – das heißt die Wahrscheinlichkeit einen tatsächlich vorhandenen Effekt einer Population zu erkennen – für bestimmte Auswertungen. Insbesondere eine rigorose statistische Auswertung des Surveyexperiments war mit dem Nationalrats-sample nicht möglich. Dies machte es notwendig, die Befragung auf die Landesparlamente auszuweiten, um die Fallzahlen zu erhöhen und belastbare inferenzstatistische Analysen zu ermöglichen.

Auch organisatorisch kam es zu gewissen Herausforderungen und Anpassungen. Die langwierige Regierungsbildung in Österreich führte dazu, dass die Feldphase später als ursprünglich geplant beginnen konnte. Die Ausweitung der Befragung auf die Landesparlamente erforderte zusätzliche Abstimmungen mit mehreren parlamentarischen Verwaltungen und eine flexible Anpassung des Zeitplans. Darüber hinaus war ursprünglich vorgesehen, bereits im Jahr 2025 Abgeordnetenbefragungen in Deutschland und im Vereinigten Königreich durchzuführen. Obwohl alle methodischen und logistischen Vorbereitungen (insbesondere die jeweiligen parallelen Bevölkerungsumfragen) getroffen wurden, wurde die Feldphase aus strategischen und zeittechnischen Gründen auf Januar–Februar 2026 verschoben, um eine reibungslose Umsetzung zu gewährleisten und auch in diesen beiden Ländern eine hohe Rücklaufquote erzielen zu können.

Trotz dieser Herausforderungen konnten die zentralen Projektschritte erfolgreich umgesetzt werden. Die Einschränkungen – insbesondere hinsichtlich Stichprobengröße und zeitlicher Verschiebungen – betreffen vor allem einzelne Auswertungsoptionen, beeinträchtigen jedoch nicht die Tragfähigkeit der zentralen Befunde. Die erhobenen Daten erlauben belastbare Aussagen über das Zusammenspiel von öffentlicher Meinung, wissenschaftlicher Expertise und dem Entscheidungsverhalten von Abgeordneten in Österreich. Gleichzeitig schafft die geplante Erweiterung des Projekts auf Deutschland und das Vereinigte Königreich die Voraussetzung für eine vertiefte comparative Analyse im kommenden Jahr. Dadurch können die österreichischen Befunde



weiter geschärft und systematisch in einen internationalen Forschungskontext eingebettet werden.

4. Zentrale Forschungsergebnisse

Die zentralen Ergebnisse dieses Projekts stützen sich auf drei komplementäre Datengrundlagen: (1) die Abgeordnetenbefragung im österreichischen Nationalrat und den Landesparlamenten, (2) eine parallele, repräsentative Bevölkerungsumfrage und (3) qualitative Interviews mit Mitgliedern des Nationalrates. Diese Kombination ermöglicht sowohl differenzierte Einblicke in die Einstellungen und Entscheidungslogiken von Parlamentarierinnen und Parlamentariern als auch systematische Vergleiche mit gesellschaftlichen Präferenzen. Bevor die zentralen empirischen Befunde näher dargestellt werden, ist eine kurze Einschätzung der Repräsentativität der Abgeordnetenbefragung erforderlich.

Insgesamt nahmen 51 der 183 Nationalratsabgeordneten sowie 136 der 440 Landtagsabgeordneten an der Online-Befragung teil, was Rücklaufquoten von 28 bzw. 31 Prozent entspricht. Wie oben bereits ausgeführt, sind diese Werte im Vergleich zu anderen Abgeordnetenbefragungen als sehr zufriedenstellend einzustufen. Für die Aussagekraft des Datensatzes ist jedoch nicht allein die Rücklaufquote entscheidend, sondern insbesondere die strukturelle Zusammensetzung der Teilnehmenden. Da es sich um eine Vollerhebung aller österreichischen Abgeordneten handelt, ist kein Stichprobenfehler im Sinne eines *coverage errors* zu erwarten; sämtliche Abgeordneten konnten über die gewählten Kontaktwege (postalisch und per E-Mail) erreicht werden. Möglich ist jedoch ein *non-response error*, da womöglich nicht alle Abgeordneten gleichermaßen zur Teilnahme bereit waren.

Folglich wurde zur Einschätzung der Repräsentativität des Samples die demographische Struktur der Befragungsstichprobe (Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Klubzugehörigkeit) mit den offiziellen Stammdaten des Nationalrates abgeglichen. Insgesamt erweist sich das Nationalratssample als weitgehend repräsentativ hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und ideologischer Verortung. Es liegt allerdings eine leichte



Überrepräsentation von NEOS-Abgeordneten sowie eine Unterrepräsentation von Mandatarinnen bzw. Mandataren der ÖVP vor. Im subnationalen Sample sind Abgeordnete der Grünen und der NEOS stärker vertreten, während FPÖ Mandatarinnen bzw. Mandatare unterrepräsentiert sind. Zusätzlich zeigt sich, dass in der Stichprobe etwas häufiger Abgeordnete mit tertiärem Bildungsabschluss vertreten sind als in der Gesamtpopulation österreichischer Abgeordneter. Diese Abweichungen bleiben jedoch moderat, sodass die zentralen Befunde der Studie belastbare Aussagen über die Einstellungen und Entscheidungslogiken österreichischer Abgeordneter erlauben.

Die Darstellung der zentralen Forschungsergebnisse folgt einem gestuften Vorgehen. Zunächst werden deskriptive Muster zum Vertrauen in unterschiedliche wissenschaftliche Gruppen sowie zu allgemeinen technokratischen Einstellungen vorgestellt. Daran anschließend erfolgt die Analyse der kausalen Effekte der Informationsreize im Survey-Experiment.

Vertrauen in Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Ein zentrales Ergebnis der Studie betrifft das Vertrauen, das österreichische Abgeordnete wissenschaftlichen Akteurinnen und Akteuren entgegenbringen. Insgesamt zeigt sich, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier – gemessen an ihren eigenen Angaben – Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern stärker vertrauen als die Bevölkerung. In beiden Erhebungen wurde das Vertrauen in verschiedene Gruppen wissenschaftlicher Expertinnen und Experten auf einer siebenstufigen Likert-Skala erfasst (1 = überhaupt kein Vertrauen, 7 = volles Vertrauen). Im Bevölkerungssample liegt das durchschnittliche Vertrauen in „Wissenschaftler im Allgemeinen“ bei $M = 5.11$ ($SD = 1.46$) und signalisiert damit ein überwiegend positives, zugleich aber relativ heterogenes Vertrauensniveau. Unter den Abgeordneten fällt der entsprechende Wert mit $M = 5.43$ ($SD = 1.20$) etwas höher aus.

Dieses Muster findet sich auch für spezifischere Gruppen von Expertinnen bzw. Experten. Abgeordnete äußern durchgängig höheres Vertrauen in Universitätsprofessorinnen und -professoren, Ökonominen bzw. Ökonomen und Gesundheitsexpertinnen



bzw. -experten als die Bevölkerung. Gleichzeitig zeigen sich – sowohl unter Bürgerinnen und Bürgern als auch unter Mandatarinnen und Mandataren – deutliche Unterschiede zwischen den jeweiligen Wissenschaftsdiziplinen. Sowohl unter Abgeordneten ($M = 4.81$) als auch in der Bevölkerung ($M = 4.50$) ist das Vertrauen in Wirtschaftswissenschaftlerinnen bzw. -wissenschaftler am geringsten, gefolgt von Gesundheitsexpertinnen bzw. -experten.

Hinter dem insgesamt relativ hohen Vertrauen von Abgeordneten in wissenschaftliche Akteurinnen bzw. Akteure verbergen sich allerdings deutliche parteipolitische Unterschiede. Mandatarinnen und Mandatare der Grünen und der NEOS weisen durchgehend die höchsten Vertrauenswerte auf, während FPÖ-Abgeordnete im Durchschnitt deutlich geringeres Vertrauen in Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler äußern als Kolleginnen und Kollegen anderer Parteien. Ihre Werte liegen nicht nur unter dem parlamentarischen Mittelwert, sondern teilweise auch unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Dies zeigt sich beispielsweise beim Vertrauen in „Wissenschaftler im Allgemeinen“: Abgeordnete der Grünen ($M = 6.21$) und der NEOS ($M = 5.94$) bewegen sich nahe am oberen Ende der Skala, während FPÖ-Abgeordnete mit einem Mittelwert von 4.21 deutlich näher am Skalenmittelpunkt liegen. Abgeordnete der beiden herkömmlichen Volksparteien, ÖVP und SPÖ, ordnen sich mit durchschnittlichen Vertrauenswerten von 5.58 bzw. 5.51 dazwischen ein. FPÖ-Abgeordnete bilden damit die klare Ausnahme: Sie vertrauen Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern im Durchschnitt nicht nur deutlich weniger als Abgeordnete aller anderen Parteien, sondern äußern teils sogar höheres Vertrauen in „Mitbürger“ ($M = 4.86$) als in Expertinnen bzw. Experten.

Neben den allgemeinen Vertrauensmaßen wurden Abgeordnete auch zu ihrer Abwägung zwischen wissenschaftlicher Expertise und „Alltagswissen“ bzw. „Laienwissen“ befragt. Im Zentrum standen zwei Aussagen: „Ich vertraue lieber auf den gesunden Menschenverstand der Bürger als auf die Meinung von Experten“ und „Im Zweifel sollte man eher der Lebenserfahrung einfacher Menschen vertrauen als den Einschätzungen von Wissenschaftlern.“ Beide Items stammen aus validierten Skalen zu technokratischen Einstellungen bzw. wissenschaftspopulistischen Orientierungen (Mede et al., 2021; Mede & Schäfer, 2020).



Unter den Abgeordneten finden diese Aussagen insgesamt wenig Zustimmung. Lediglich 14 Prozent stimmen der zweiten Aussage zu; 17 Prozent befürworten die erstgenannte Formulierung. Dies deutet darauf hin, dass eine klare Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentariern wissenschaftliche Expertise als verlässlichere Grundlage politischer Entscheidungen bewertet als Alltagsintuition oder Laienurteile. Gleichzeitig treten – analog zu den allgemeinen Vertrauensmaßen – deutliche parteipolitische Unterschiede zutage. Mandatarinnen und Mandatare der Grünen, der NEOS, der SPÖ und der ÖVP weisen eine konsistent geringe Zustimmung zu beiden Aussagen auf und priorisieren wissenschaftliche Expertise deutlich über „gesunden Menschenverstand“ oder „Lebenserfahrung“. FPÖ-Abgeordneten hingegen sind wesentlich eher bereit, Laienurteile über wissenschaftliche Einschätzungen zu stellen.

Dieser Befund deckt sich mit der bestehenden Populismusforschung, die einen engen Zusammenhang zwischen wissenschaftsskeptischen Haltungen und (rechts-)populistischen Einstellungen dokumentiert. Wissenschaftsskepsis wird dabei als charakteristisches Element populistischer Rhetorik verstanden, die etablierte Institutionen – darunter auch wissenschaftliche – zugunsten eines vermeintlich authentischen „Volkswissens“ delegitimiert. Speziell im österreichischen Kontext fügen sich die Ergebnisse dieser Studie in konsistenter Weise in die Befunde der Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) zu „Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie“ ein und erweitern den Forschungsstand um eine systematische Analyse der Einstellungen österreichischer Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Grundhaltungen zu technokratischen Entscheidungsprozessen

Neben dem Vertrauen in wissenschaftliche Akteurinnen und Akteure liefert die Studie wichtige Hinweise darauf, wie Abgeordnete die Rolle von Expertinnen und Experten in demokratischen Entscheidungsprozessen verstehen. Die Befragungsergebnisse und die ergänzenden qualitativen Interviews zeigen, dass wissenschaftliche Evidenz von der überwiegenden Mehrheit der Mandatarinnen und Mandatare als wichtige Res-



source anerkannt wird. Doch technokratische Entscheidungsmodelle, in denen Expertinnen bzw. Experten politische Entscheidungen treffen oder politische Verantwortung übernehmen, werden deutlich abgelehnt.

Die standardisierten Items der Befragung erfassten mehrere Dimensionen technokratischer Orientierung – Elitismus, Expertiseorientierung und Anti-Politik – etwa anhand von Aussagen wie „Die besten politischen Entscheidungen werden von Experten getroffen, die keine Politiker sind“ oder „Soziale Probleme sollten auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und nicht ideologischer Überzeugungen angegangen werden“. Diese Items erlauben eine differenzierte Analyse der Frage, wie offen Abgeordnete gegenüber einer stärkeren Delegation politischer Entscheidungsbefugnisse an Expertinnen und Experten sind.

Ein Vergleich mit der Bevölkerung zeigt deutliche Unterschiede. Ein erheblicher Teil der österreichischen Bevölkerung unterstützt technokratische Positionen – etwa die Vorstellung, dass soziale Probleme primär auf Basis wissenschaftlicher Evidenz gelöst werden sollten oder dass Expertinnen und Experten eine zentrale Rolle bei der Bewältigung politischer Herausforderungen zukommen sollte. Unter Abgeordneten fallen die Zustimmungswerte zu diesen Aussagen dahingegen signifikant geringer aus.

Diese Zurückhaltung gegenüber technokratischen Entscheidungsmodellen spiegelt sich auch in den qualitativen Interviews wider, in denen Abgeordnete parteiübergreifend betonen, dass wissenschaftliche Expertise zwar unverzichtbar ist, politische Entscheidungen jedoch demokratisch (anstatt technokratisch) legitimiert bleiben müssen und es einem funktionierenden Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik bedarf. Ein ÖVP-Abgeordneter brachte diese Haltung prägnant auf den Punkt: „Es braucht ein gutes Miteinander. (...) Es ist eine Mischung, die zum Ziel führt.“ Eine Abgeordnete der NEOS betonte, dass letztendlich die politische Verantwortung beim demokratisch gewählten Politiker liegen muss, da dieser auch gegenüber der Wählerschaft rechenschaftspflichtig ist. Ähnlich argumentierte auch ein Vertreter der FPÖ: „Sonst könnte man nämlich die Politiker einsparen. (...) Ich wasche meine Hände in Unschuld. Nein, es muss die politische Verantwortung geben.“ Auch aus den Reihen der SPÖ kam



deutliche Kritik an der Vorstellung technokratischer Entscheidungsmodelle. Eine SPÖ-Politikerin wies kritisch darauf hin, dass technokratische Vorstellungen von „Expert:innen als bessere Politiker“ demokratietheoretisch problematisch seien: „Expertise allein ist noch keine demokratische Legitimation.“

Einige Abgeordnete verwiesen zudem darauf, dass Expertise wichtige Wissensgrundlagen schafft, politische Entscheidungen jedoch nicht allein auf fachlichen Einschätzungen basieren können. Besonders deutlich formulierte dies eine Mandatarin der Grünen, die die unterschiedliche Logik wissenschaftlicher und politischer Arbeit betonte und dabei auf Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie zurückgriff: „Wir haben (...) die komplette Überforderung der Expert:innen mit dieser Aufgabe erlebt. Politik (...) ist was ganz anderes als Expert:innenwissen herbeizuführen.“ Die Abgeordnete ergänzte, dass Politik zwar bestrebt sei, möglichst wissenschaftsorientiert zu arbeiten, es jedoch einen „extrem großen Übersetzungsgap“ gebe, da politische Entscheidungen normativ und kommunikativ anders gelagert seien als wissenschaftliche Wissensproduktion.

Mehrere Interviews deuten darauf hin, dass die COVID-19-Pandemie für viele Abgeordnete ein zentraler Lernmoment im Hinblick auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik war. Mit Verweis auf die Erfahrungen dieser Zeit betonten verschiedene Mandatarinnen und Mandatare, dass Expertinnen und Experten informieren, beraten und Alternativen aufzeigen können – jedoch nicht darauf vorbereitet seien, normative Abwägungen zu treffen oder Konflikte auszuhalten, wie sie mit politischer Verantwortungsübernahme unweigerlich verbunden sind. Insgesamt entsteht damit ein differenziertes Bild: Abgeordnete betonen die Relevanz von Wissenschaft als Informations- und Entscheidungsgrundlage im politischen Prozess, gleichzeitig lehnen sie die Vorstellung technokratischer Entscheidungsfindung klar ab, da diese demokratische Legitimation, politische Verantwortung und die notwendige Vermittlungsleistung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft unterlaufen würde.



Ergebnisse des Survey-Experiments

Das im Abgeordnetensurvey eingebettete Experiment erlaubt erstmals eine kausale Einschätzung, wie österreichische Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Hinweise zur öffentlichen Mehrheitsmeinung und auf wissenschaftliche Expertise reagieren. Insgesamt zeigt sich ein deutliches Muster: Informationen über Mehrheitsmeinungen entfalten kaum Wirkung, während wissenschaftliche Expertise in bestimmten Politikfeldern spürbare Einstellungsänderungen auslöst – am stärksten im Bereich der Mietpreisobergrenze.

In allen drei untersuchten Politikbereichen, in denen die öffentliche Mehrheitsmeinung vom wissenschaftlichen Konsens abweicht – Mietpreisdeckel, Gentechnik-Verbot und CO₂-Besteuerung – blieb die Präsentation der Mehrheitsmeinung ohne erkennbaren Effekt. Abgeordnete, die erfuhren, dass eine Maßnahme von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt oder abgelehnt wird, unterschieden sich in ihren Einstellungen nicht von jenen, die keine entsprechende Information erhielten. Für dieses Muster bieten sich zwei plausible Erklärungen an. Erstens könnte die öffentliche Mehrheitsmeinung für Abgeordnete im Rahmen ihrer policybezogenen Abwägungen eine geringere Rolle spielen als andere Informationsquellen, etwa fachliche Evidenz oder parteipolitische Positionen. Zweitens ist es wahrscheinlich, dass die bereitgestellte Information für viele Mandatarinnen und Mandatäre nur einen limitierten Neuigkeitswert hatte, sodass zusätzliche Informationen nur wenig zur Aktualisierung ihrer Einstellungen beitragen.

Ganz anders fällt die Reaktion auf wissenschaftliche Expertise und Expertinnen- bzw. Expertenempfehlungen aus. Hier zeigen sich deutliche und politisch relevante Einstellungsverschiebungen. Am klarsten tritt dies bei der Mietpreiskontrolle zutage: Sobald Abgeordnete darüber informiert wurden, dass ein breiter ökonomischer Konsens von staatlich regulierten Mietpreisobergrenzen abrät, sank ihre Unterstützung für die Maßnahme spürbar – sowohl in ihrer grundsätzlichen Policy-Bewertung als auch hinsichtlich der hypothetischen Abstimmungsbereitschaft. Bemerkenswert ist zudem,



dass dieser Effekt selbst dann bestehen bleibt, wenn Abgeordnete gleichzeitig erfahren, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahme befürwortet. Die wissenschaftliche Expertise entfaltet also auch in Gegenwart eines entgegengesetzten Mehrheitswillens Wirkung und scheint in diesem Politikfeld das gewichtigere Informationssignal zu sein.

Auch bei der CO₂-Steuer zeigt sich eine Reaktion in die erwartete Richtung: Die Information, dass Expertinnen bzw. Experten diese Maßnahme unterstützen, führte zu einer leichten Erhöhung der Zustimmung unter Abgeordneten. Zwar erreicht dieser Effekt knapp nicht ein herkömmliches statistische Signifikanzniveau, doch die Ergebnisse deuten darauf hin, dass viele Mandatarinnen und Mandatare auch in diesem politisch umkämpften Feld empfänglich für wissenschaftliche Argumente bleiben. Beim Thema Gentechnik-Verbot – einer Frage, die in der Bevölkerung tendenziell auf Zustimmung, unter Forscherinnen und Forschern jedoch überwiegend auf Ablehnung stößt – zeigen sich hingegen weder für die öffentliche Meinung noch für wissenschaftliche Expertise statistisch belastbare Effekte, was eine weitergehende Interpretation erschwert.

Ein Vergleich mit der Bevölkerung verdeutlicht, dass die Einstellungen von Abgeordneten im Durchschnitt stabiler sind als jene von Bürgerinnen und Bürgern. Gleichzeitig zeigt sich im Bevölkerungssample ein relativ ähnliches Muster hinsichtlich der Bewertung unterschiedlicher Informationsquellen: Auch Bürgerinnen und Bürger priorisieren wissenschaftliche Expertise gegenüber Mehrheitsmeinungen. Zwar passen sie – anders als Abgeordnete – ihre Einschätzungen an, wenn sie ausschließlich über die Mehrheitsmeinung informiert werden; der Einfluss wissenschaftlicher Expertise fällt jedoch deutlich stärker aus. Selbst wenn beide Informationen gleichzeitig präsentiert werden, setzt sich in den meisten Fällen die wissenschaftlich begründete Empfehlung durch.

Dieser Befund widerspricht gängigen Annahmen in der wissenschaftlichen Debatte wie auch im öffentlichen Diskurs, wonach Bürgerinnen und Bürger primär erwarten, dass politische Entscheidungen dem Mehrheitswillen folgen. Die Ergebnisse legen



vielmehr nahe, dass viele Wählerinnen und Wähler evidenzbasierte Entscheidungen bevorzugen und von ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten erwarten, wissenschaftliche Erkenntnisse ernst zu nehmen. Zusammengenommen liefert der Vergleich erste Hinweise, dass sowohl bei Abgeordneten als auch bei Bürgerinnen und Bürgern wissenschaftliche Expertise tendenziell ein gewichtigeres Informationssignal darstellt als die Präferenzen der Durchschnittswählerin bzw. des Durchschnittswählers.

5. Weiterführender Forschungsbedarf

Eine naheliegende Weiterführung dieser Studie besteht darin, die österreichischen Ergebnisse – wie vorgesehen – im internationalen Vergleich mit anderen repräsentativen Demokratien, insbesondere Deutschland und dem Vereinigten Königreich, zu prüfen. Ein solcher Ländervergleich eröffnet zwei zentrale Erweiterungen: Erstens ermöglicht er, länderspezifische Unterschiede in der Gewichtung von Expertise und Mehrheitsmeinungen systematisch zu identifizieren. Zweitens schafft das erweiterte Gesamtsample die Grundlage für empirische Analysen, die in Österreich aufgrund der begrenzten Fallzahlen nur eingeschränkt möglich waren. Dazu zählen insbesondere Subgruppenanalysen, etwa Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Mandatarinnen und Mandataren, zwischen Abgeordneten mit und ohne universitärer Ausbildung, zwischen verschiedenen Repräsentationsverständnissen (Delegate vs. Trustee) oder zwischen Parteifamilien.

Ein internationaler Vergleich erscheint auch deshalb besonders vielversprechend, weil bereits im österreichischen Bevölkerungssample deutlich ideologische Muster sichtbar wurden – etwa, dass liberal oder linksorientierte Bürgerinnen und Bürger wissenschaftlicher Expertise eher folgen als konservative. Ob sich dieses Muster auf parlamentarischer Ebene und in anderen politischen Systemen repliziert oder ob es länderspezifische Besonderheiten gibt, stellt eine zentrale offene Frage dar und bietet erhebliches Potenzial für weiterführende Forschung.

Die bisherigen Ergebnisse legen zudem nahe, dass die Wirkung von Expertenpositionen und Mehrheitsinformationen stark vom politischen Thema abhängt. Während



wissenschaftliche Expertise im Bereich der Mietpreiskontrolle deutlich wirkte, blieb der Einfluss bei CO₂-Steuern oder Gentechnikverboten begrenzter. Weiterführende Forschung sollte daher systematischer analysieren, wie Faktoren wie das jeweilige Politikfeld, Politisierungsgrad, oder Komplexität des Themas die Reaktionsbereitschaft von Abgeordneten beeinflussen.

Schließlich besteht weiterer Forschungsbedarf hinsichtlich der Frage, warum Abgeordnete wissenschaftlicher Expertise in vielen Fällen mehr Gewicht beimessen als der öffentlichen Mehrheitsmeinung. Die bisherigen Ergebnisse liefern erste Hinweise, dass normative und strategische Überlegungen eine zentrale Rolle spielen könnten – etwa die Einschätzung fachlicher Autorität, die Wahrnehmung politischer Verantwortung für das ganze Land, die Sicherheit der eigenen Wiederwahl oder aber auch parteipolitische Erwartungshaltungen. Zukünftige Forschung könnte diese Mechanismen systematischer untersuchen, etwa durch vertiefende qualitative Analysen oder ergänzende experimentelle Designs, um besser zu verstehen, wie unterschiedliche Informationsquellen von Politikerinnen und Politikern verarbeitet, bewertet und priorisiert werden.

6. Dissemination der Forschungsergebnisse

Die Forschungsergebnisse werden sowohl im Rahmen von wissenschaftlichen (Fach-)Tagungen vorgestellt als auch in Form wissenschaftlicher Publikationen verbreitet werden. Erste Resultate wurden im Juni 2025 am Tag der Parlamentsforschung präsentiert. Eine weitere Vorstellung erfolgt im Dezember 2025 im Rahmen eines Workshops zu politischer Polarisierung am Massachusetts Institute of Technology (MIT). Für 2026 sind zudem Beiträge bei der Konferenz der Political Studies Association (Oxford, 30.03.–01.04.2026) sowie bei der Jahrestagung der European Political Science Society (Belfast, 18.–20.06.2026) geplant.

Die Grundlage für diese Konferenzbeiträge bilden drei wissenschaftliche Artikel, die sich derzeit in Vorbereitung befinden und im kommenden Jahr bei führenden politik-



wissenschaftlichen Fachzeitschriften eingereicht werden sollen. Der erste Artikel untersucht die Einstellungen parlamentarischer Mandatsträger gegenüber Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie die Präferenzen der Abgeordneten hinsichtlich der Rolle von Expertinnen bzw. Experten und deren Fachwissen in demokratischen Entscheidungsprozessen. Er stützt sich auf die im Projekt erhobenen standardisierten Befragungsdaten sowie ergänzende qualitative Interviews. Der zweite Artikel analysiert das Entscheidungsverhalten von Abgeordneten in politisch relevanten Dilemmasituationen. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwiefern Abgeordnete ihre politischen Präferenzen und ihr geplantes Abstimmungsverhalten in konkreten politischen Fragestellungen anpassen, wenn sie über den Mehrheitswillen der Bevölkerung sowie den Empfehlungen von einer Expertencommunity basierend auf wissenschaftlicher Evidenz informiert werden. Der dritte Beitrag verschiebt den Fokus auf die Perspektive der Repräsentierten und untersucht, welche Repräsentationsstile Bürgerinnen und Bürger bevorzugen, wenn Mehrheitsmeinungen und wissenschaftliche Expertise in Konflikt geraten. Empirisch basiert dieser Artikel auf der länderübergreifenden Bevölkerungsumfrage in Österreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich und den USA. Die Befragten wurden mit Entscheidungsdilemmata konfrontiert, die jenen der Abgeordnetenstudie entsprechen. Nach Bereitstellung von Informationen über die Mehrheitsposition in der Bevölkerung und/oder über den themenspezifischen Expertinnen- bzw. Expertenkonsens wurden die Teilnehmenden gebeten, Entscheidungen zu treffen, als würden sie selbst ein parlamentarisches Mandat ausüben.

Zur Vermittlung der Forschungsergebnisse an ein breiteres Publikum sind weitere Formate vorgesehen. Im Januar 2026 werden die zentralen Befunde im Rahmen eines internen Seminars („FachMittag“) für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der österreichischen Parlamentsdirektion vorgestellt. Darüber hinaus erhalten jene Abgeordnete, die im Verlauf der Studie Interesse an einer Rückmeldung über die Forschungsergebnisse bekundet haben, ein kompaktes Briefing mit den vorläufigen Ergebnissen.

Ergänzend werden derzeit zusätzliche Disseminationsformate geprüft, darunter öffentlich zugängliche Kurzanalysen, die auf einer Projektwebsite veröffentlicht werden sollen.



7. Literatur

- Arnold, C., Sapir, E. V., & de Vries, C. (2012). Parties' Positions on European Integration: Issue Congruence, Ideology or Context? *West European Politics*, 35(6), 1341–1362. <https://doi.org/10.1080/01402382.2012.713749>
- Bailer, S. (2014). Interviews and surveys in legislative research. In *The Oxford Handbook of Legislative Studies* (pp. 167–193). Oxford University Press.
- Bertsou, E., & Caramani, D. (2022). People Haven't Had Enough of Experts: Technocratic Attitudes among Citizens in Nine European Democracies. *American Journal of Political Science*, 66(1), 5–23. <https://doi.org/10.1111/ajps.12554>
- Cairney, P. (2016). *The Politics of Evidence-Based Policy Making*. Springer.
- Head, B. W. (2010). Reconsidering evidence-based policy: Key issues and challenges. *Policy and Society*, 29(2), 77–94. <https://doi.org/10.1016/j.polsoc.2010.03.001>
- Maes, B., Walgrave, S., Verleyen, E., Varone, F., Rasmussen, A., & Persson, M. (2025). What matters more to politicians: The quantity or quality of public opinion signals? *West European Politics*, 0(0), 1–27. <https://doi.org/10.1080/01402382.2025.2563983>
- Mede, N. G., & Schäfer, M. S. (2020). Science-related populism: Conceptualizing populist demands toward science. *Public Understanding of Science*, 29(5), 473–491. <https://doi.org/10.1177/0963662520924259>
- Mede, N. G., Schäfer, M. S., & Fuchslin, T. (2021). The SciPop Scale for Measuring Science-Related Populist Attitudes in Surveys: Development, Test, and Validation. *International Journal of Public Opinion Research*, 33(2), 273–293. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edaa026>
- Page, B. I., & Shapiro, R. Y. (1983). Effects of Public Opinion on Policy. *American Political Science Review*, 77(1), 175–190. <https://doi.org/10.2307/1956018>
- Rasmussen, A., & Otjes, S. (2025). Responding to whom? An experimental study of the dynamics of responsiveness to interest groups and the public. *Journal of European Public Policy*, 32(3), 727–754. <https://doi.org/10.1080/13501763.2024.2306226>
- Rasmussen, A., Reher, S., & Toshkov, D. (2019). The opinion-policy nexus in Europe and the role of political institutions. *European Journal of Political Research*, 58(2), 412–434. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12286>
- Sabatier, P. A. (1987). Knowledge, Policy-Oriented Learning, and Policy Change: An Advocacy Coalition Framework. *Knowledge*, 8(4), 649–692. <https://doi.org/10.1177/0164025987008004005>
- Sevenans, J. (2021). How Public Opinion Information Changes Politicians' Opinions and Behavior. *Political Behavior*, 43(4), 1801–1823. <https://doi.org/10.1007/s11109-021-09715-9>



- Sheffer, L., Loewen, P. J., Soroka, S., Walgrave, S., & Sheafer, T. (2018). Nonrepresentative Representatives: An Experimental Study of the Decision Making of Elected Politicians. *American Political Science Review*, 112(2), 302–321. <https://doi.org/10.1017/S0003055417000569>
- Sheffer, L., Loewen, P. J., Walgrave, S., Bailer, S., Breunig, C., Helfer, L., Pilet, J.-B., Varone, F., & Vliegenthart, R. (2023). How Do Politicians Bargain? Evidence from Ultimatum Games with Legislators in Five Countries. *American Political Science Review*, 117(4), 1429–1447. <https://doi.org/10.1017/S0003055422001459>
- Soroka, S. N., & Wlezien, C. (2010). *Degrees of Democracy: Politics, Public Opinion, and Policy*. Cambridge University Press.
- Starkbaum, J., Auel, K., Bobi, V., Fuglsang, S., Grand, P., Griessler, E., ... & Unger, M. (2023). Endbericht. Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie. <https://irihs.ihs.ac.at/id/e-print/6648/4/ihs-report-2023-starkbaum-auel-et-al-endbericht-ursachenstudie-skepsis-wissenschaft.pdf> (zuletzt abgerufen am 05.12.2025)
- Stimson, J. A., Mackuen, M. B., & Erikson, R. S. (1995). Dynamic Representation. *American Political Science Review*, 89(3), 543–565. <https://doi.org/10.2307/2082973>
- Weible, C. M. (2008). Expert-Based Information and Policy Subsystems: A Review and Synthesis. *Policy Studies Journal*, 36(4), 615–635. <https://doi.org/10.1111/j.1541-0072.2008.00287.x>